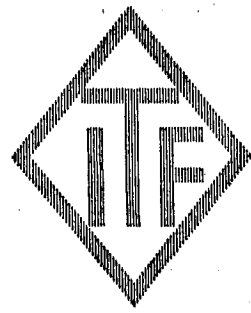


# FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION  
ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.-JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



4. Jahrgang  
No. 22

Amsterdam, den 31. Oktober 1936.

Für die spanischen Arbeiter. (ITF) Die Geheime Staatspolizei hat veranlasst, dass etwa 90 Arbeiter der Adler-Werke in Frankfurt/Main, fristlos entlassen wurden. Die Polizei warf diesen im Werk II des Automobilbaus beschäftigten Arbeitern vor, Sammlungen für die spanischen Arbeiter durchgeführt zu haben.

Im Arbeitervorort Frankfurt-Rödelheim wurden 42 Arbeiter, die für die spanischen Arbeiter unvorsichtig auf einer Liste Geld sammeln, verhaftet. Einer der Verhafteten, der Metallarbeiter Karl Schmidt, wurde von der Gestapo ermordet. Unter den Verhafteten befinden sich 14 SA-Männer.

Danzig.  
=====

(ITF) Der nationalsozialistische Senat Danzigs hat (am 20. Oktober) unter erneuter Verletzung der von den Völkerbundsstaaten garantierten Verfassung den der Internationalen Transportarbeiterföderation angeschlossenen "Verband Danziger Eisenbahn- und Hafenausschussbediensteter" aufgelöst. Der Nazisenat hofft, dass die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes ihrer Verpflichtung zum Schutze der Koalitionsfreiheit der Danziger Arbeiter nicht nachkommen werden.

Weshalb illegaler Kampf?  
=====

(ITF) Auf der Länderkonferenz der faschistischen österreichischen Metallarbeiterorganisation erklärte der von der Diktatur ernannte Gewerkschaftsobmann am Schluss der Diskussion des ersten Konferenztages, dass nach seiner Meinung "die (österreichischen) Metallarbeiter mit allen illegalen Bestrebungen nichts zu tun haben wollen, dass sie voll und ganz auf dem Boden der (faschistischen) österreichischen Verfassung stehen" ("Arbeiterwoche", 10. Oktober).

Am zweiten Verhandlungstage antwortete ein Arbeiter dem von der Diktatur ernannten Obmann: "Zur Frage der Illegalität sei gesagt, dass die Illegalität sich nur dort entwickeln kann, wo der Boden legaler Arbeit geschmälert erscheint. So lange nicht die

Möglichkeit besteht, unsere Rechte legal durchzusetzen, wird es immer Menschen geben, die im guten Glauben an die gerechte Sache zur Illegalität neigen. Wenn die Illegalität unterbunden werden soll, dann gehe man daran, die Frage der Arbeiterschaft im gerechten Sinne zu lösen. Wir Arbeiter verlangen nicht mehr als unser Recht ("Arbeiterwoche", 17. Oktober).

"Freie" Wahlen in Österreich.  
=====

(ITF) In den österreichischen Betrieben finden in diesen Wochen

Scheinabstimmungen zu den Betriebsvertretungen statt. Die reaktionäre katholische Presse aller Länder, die gutgläubig oder bewusst fälschend fast jede Tendenzlüge der christlichen Diktatoren in Wien übernimmt, meldet, dass diese Wahlen in vollster Freiheit stattfinden. Dabei müssen selbst die unter der faschistischen Zensur legal in Wien erscheinenden katholischen Zeitungen zugeben, dass es heute in Österreich für Arbeiter keine Freiheit gibt. Die "Arbeiterwoche", die von den faschistischen Organisationen mit den den Arbeitern abgepressten Mitgliedsbeiträgen finanziert wird, berichtet (am 10. Oktober 1936), dass auf der Länder-Delegiertenkonferenz der faschistischen Metallarbeiterorganisation ein Wiener Metallarbeiter energisch gegen "einen besonderen Übelstand" protestierte, "den man sich unmöglich länger bieten lassen könne". Er wandte sich scharf gegen "die in der letzten Zeit aufgetretene Gepflogenheit, dass man" -- sogar -- "die (ernannten) Betriebsvertrauensmänner einfach einsperret, wenn irgendeinem (!) Betrieb irgendein (!) Verdacht nach irgendeiner (!) Seite bestehe".

Ein Arbeiter aus Salzburg beschwerte sich ergänzend über die "ungerechtfertigten Verhaftungen, die teilweise durch Lockspitzel provoziert wurden. Die armen Teufel, die wirklich nichts angestellt hatten und nur auf das hinterhältige Benehmen eines Spitzels hin verhaftet wurden, haben 2 Monate im Landesgericht Salzburg gesessen. Solche Fälle machen böses Blut".

In dieser Terroratmosphäre finden die "freien" Wahlen in den österreichischen Betrieben statt.

Arbeiter betteln vor der Kirchentür. (ITF) Wie sich die Lage der österreichischen Arbeiter unter der christlichen Diktatur verschlechtert hat, schildert das Fachblatt der (faschistischen) österreichischen "Gewerkschaft der Arbeiter im Baugewerbe". Es stellt fest, "dass man den Bauhilfsarbeitern heute Stundenlöhne von 40 und den Professionisten (Facharbeitern) solche von 50 Groschen gibt und dass es Bauarbeiter gibt, die am Sonntag mit gefalteten Händen bettelnd auf Kirchplätzen stehen, damit sie ihren widerrechtlichen Lohnausfall durch kleine Gaben mildtätiger Menschen wettmachen können, damit ihre Familien wenigstens nicht verhungern müssen" (Der Bauarbeiter, Oktober 1936).

"Betrachten Sie sich als gewählt..." (ITF) Die grösste Sektion der faschistischen österreichischen "Einheitsgewerkschaft", die Metallarbeiterorganisation, hat (am 3. und 4. Oktober) in Wien eine Delegiertenkonferenz abgehalten. Teilnahmeberechtigt waren nur die vom Vorstand ernannten Reichs- und Landesleitungen. Einige "Arbeitergäste" waren nicht stimmberechtigt. Aber da die "christliche Diktatur" auf eine demokratische Kulisse Wert legt, stellte einer dieser "Delegierten" den Antrag, "dass der von der Regierung ernannte Gewerkschaftsobmann Znidaric sich nicht mehr als ernannter, sondern als gewählter Obmann betrachten solle" ("Arbeiterwoche" vom 10. Oktober.)

Das ist unseres Wissens eine neue Methode "veredelter Demokratie". Man sollte sie patentieren lassen: ein Diktator wird ein Demokrat, wenn er sich als gewählt -- betrachtet!

Diskussion um Spanien.  
=====

(ITF) Die italienische Diktatur unterstützt die meuternden spanischen Generäle, aber die denkenden

italienischen Arbeiter stehen auf Seiten der um ihre Freiheit kämpfenden spanischen Arbeiter und Bauern. Der Druck dieser Massensympathie ist so stark, dass selbst die faschistischen Tageszeitungen ihm nachgeben müssen. Als (am 3. September) das Wochenblatt der italienischen Industriellen "Organizzazione industriale", in der üblichen Manier die

spanischen Freiheitskämpfer als bolschewistischen Pöbel beschimpfte, setzte sich die Tageszeitung der faschistischen Arbeiterorganisationen (am 18. September) gegen diese Stellungnahme zur Wehr und verteidigte-- mit aller durch die scharfe Zensur gebotenen Vorsicht -- die wirtschaftlichen Massnahmen der Regierung Caballero und der Katalonier. Vor allem lobte es die überlegte Produktionsregelung und die Einführung des Aussenhandelsmonopols.

Die Industriellen denunzierten "Il Lavoro Fascista" sofort bei der Zensur: "Il Lavoro Fascista scheint sich bei den Freunden von Largo Caballero anbieten zu wollen... Wir müssen sagen, dass es gefährlich ist, auch nur einen Moment bei den Massen den Eindruck aufkommen zu lassen, dass in den 'kommunistischen' Lehren etwas sein sollte, was der 'faschistischen Wahrheit' gleichkommt." (Organizzazione Industriale vom 24. September 1936).

Die "faschistische Wahrheit" besagt: die Arbeiter sollen sich knechten lassen. Da aber die spanischen Arbeiter um ihre Freiheit kämpfen, schickt Mussolini unter dem Beifall der italienischen Industriellen den meuternden spanischen Generälen Bombenflugzeuge, Kanonen und Munition.

Widerstand in deutschen Kasernen. (ITF) Die Hitlerdiktatur will den  
 ===== Krieg, die Massen des deutschen  
 Volkes wollen den Frieden. Als die  
 Dienstzeit der Soldaten verdoppelt wurde, damit dem Dritten Reich jederzeit eine schlagfähige Angriffsarmee zur Verfügung steht, nahm die Empörung der Soldaten so bedrohliche Formen an, dass alle Chargierten in zahlreichen Garnisonen -- vom Feldwebel an aufwärts -- mit entschärfter Pistole tagelang durch die Kasernen patrouillierten und renitente Leute unter Androhung von Erschiessen in Schach hielten. Besonders stark war die Empörung der Soldaten in den Grenzgarnisonen und in Berlin.

Hungerdiktator Göring.

===== Arbeitsfront unter Kuratel.

(ITF) Der Sinn des von Hitler angekündigten zweiten "Vierjahresplans des Dritten Reiches" ist von Hitlers Stellvertreter, Rudolf Hess (am 11. Oktober in Hof), auf

die bezeichnende Formel gebracht worden: "Kanonen statt Butter", Hungern für den Krieg. Mit der Durchführung dieses Hungerprogramms gegen den Widerstand des Volkes wurde (am 18. Oktober) Göring betraut. Hitler hatte nicht den Mut, die Verantwortung für die neuen Terrorwellen und für das weiter wachsende Elend selbst zu übernehmen.

Göring erhielt das Recht, nach Gutdünken "Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Er ist berechtigt, alle Behörden einschliesslich der obersten Reichsbehörden und alle Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände... mit Weisungen zu versehen" (Völkischer Beobachter, Nr. 295 vom 21. X). Göring wurden damit nicht nur sämtliche Ministerien, die Presse und der Rundfunk unterstellt, sondern zugleich die Geheime Staatspolizei, die SA und SS und nicht zuletzt die "der NSDAP angeschlossene" Deutsche Arbeitsfront.

Göring hatte bereits als er (am 27. April 1936) von Hitler zur obersten Instanz für Rohstoff- und Devisenfragen ernannt wurde, praktisch Vollmachten für das gleiche Auftragsgebiet erhalten. Er hat diese Vollmachten dazu benützt, die Massnahmen des Wirtschaftsdiktators Schacht zu decken, der so ungehindert seine Politik des In-Einklang-Bringens der Interessen des Grosskapitals mit den Erfordernissen der forcierten Aufrüstung fortsetzen konnte. Die Arbeitsfront hatte sich zunächst den Wünschen Görings übereifrig gefügt und den Arbeitern empfohlen, in Parkanlagen spazieren zu gehen, wenn der Lohn nicht reicht und der Magen knurrt (Arbeitertum vom 15. Mai). Inzwischen aber sahen sich auch Teile der Arbeitsfrontbürokratie durch den wachsenden Druck der Arbeiter gezwungen, die Lohnbewegung der Facharbeiter mindestens zu tolerieren und einige Heeresbeschaffungsämter verlangten bereits von der Rüstungsindustrie Bewilligung der Forderungen der Spezialarbeiter, um Verzögerung der Ablieferungen durch passive Resistenz zu vermeiden. Die Rüstungsindustrie fürchtete eine Schmälerung ihrer Profite. Görings Vollmachten reichten aber nicht aus, um Schacht ein energisches Einschreiten gegen die Arbeitsfront zu gestatten.

Jetzt aber hat Göring völlig freie Hand bekommen und durch ihn der Grossbesitz. Göring hat (am 23. Oktober) die gesamte Lohnpolitik dem von ihm in den "Arbeitsausschuss" zur Durchführung des 2. Vierjahresplanes berufenen ehemaligen Syndikus der Ruhrindustriellen Dr. Mansfeld und ihm zugleich die Arbeitsfront unterstellt. Dieser

Unternehmersyndikus ist nur dem Staatssekretär Körner verantwortlich, der Göring "in allen den Vierjahresplan betreffenden laufenden Geschäften" vertritt. (Verordnung Görings vom 23.X.) Dieser Staatssekretär aber bekleidete nach eigenen Angaben bis 1933 ebenfalls "leitende Stellen in der Industrie". Die Sozialpolitik des "Vierjahresplans" der "Arbeiterpartei" liegt also in den Händen bewährter Interessenvertreter der Industriellen.

Und für den Fall, dass von irgendeiner Stelle ihre Massnahmen durchkreuzt werden sollten, hat Göring ausdrücklich angeordnet, dass ohne Billigung des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums -- also Dr. Schachts -- niemand Massnahmen von finanzieller Bedeutung treffen darf. Und da alle Massnahmen des Vierjahresplans finanzielle Auswirkungen haben, hat Dr. Schacht unbeschränktes Einspruchsrecht und kann alle Widerstände gegen die braune Sozialreaktion brechen. Die Arbeiter sollen auch weiter die Aufrüstung bezahlen. (Für die Redaktionen: Über die Grundlinien des Göringschen Sozialprogramms wurde am 30. V. 36 berichtet).

OSAF Hitler beschenkt die  
 =====  
 Folterknechte.  
 =====

(ITF) Die Konzentrationslager im Moor an der holländischen Grenze gelten in Deutschland mit als die schlimmsten Folterhöllen des Dritten Reichs. Die Schande der Folterknechte

von Börgermoor ist in alle Länder gedrungen. Die Spitzen des Dritten Reichs aber bekennen sich zu den an den wehrlosen Gefangenen verübten Untaten und Morden. Als jetzt (am 15. Oktober) das Haus eingeweiht wurde, das der "Oberste SA-Führer (OSAF)" Adolf Hitler den 850 zur Bewachung der Konzentrationslager im Börgermoor abkommandierten SA-Leuten gestiftet hatte, erklärte der Reichsstatthalter Roever: "Im Emsland-Moor hat sich wohl am sinnfälligsten die Kraft des SA-Geistes erwiesen und ist zu einer Tat von unvergänglichem Werte geworden". Der Konzentrationslager-Kommandant Schäfer versicherte zynisch, dass der von Hitler gestiftete Bau eine "Pflegestätte nationalsozialistischen Geistes" sein werde

-- wie die auf Befehl Hitlers errichteten Konzentrationslager. (Völkischer Beobachter, Nr. 290 vom 16. Oktober).

1/4 Pfund Speck... 2 Kühlhauseier... (ITF) Aus dem Brief einer deutschen Beamtenfrau: "In der ganzen Woche gab es bei uns (in einer norddeutschen Industriestadt) pro Kunde nur 1/4 Pfd. fetten Speck und Kalbfleisch. Kein Schweinefleisch, kein Rindfleisch.

Sodann 2 Kühlhauseier

20%iger Käse, der 40% teurerer ist als der frühere vollfette Käse.

Butter 125 Gramm

Margarine und Schmalz überhaupt nicht.

Und dabei werden wir als gute Kunden noch bevorzugt beliefert". So soll es in Deutschland noch vier Jahr gehen!

Beamte sammeln Altpapier.  
 =====

(ITF) Der Wirtschaftsminister des Dritten Reichs hat (am 18. September folgenden Erlass zur

Rettung Deutschlands herausgegeben: "1. Jede einzelne öffentliche Verwaltung und jede einzelne ihrer Dienstaufsicht unterstehende Behörde, Einrichtung, Organisation usw. sammelt für sich insbesondere folgende bei ihr anfallenden Altmaterialien:

- 1.) a) Altpapier aller Art; Altpapier aus Papierkörben... Zeitungen..
- b) Textilabfälle aller Art: Kleider- und Waschelumpen... Bindfadenreste... Scheuertücher...
- c) Eisen- und Metallabfälle aller Art: ... Drahtreste... Nägel... Kannen, Blechdosen...
- d) Knochen aus Kantinen und Küchen.

2.) Je nach Art und Menge der anfallenden Altmaterialien sind in einem hierfür geeigneten Raum -- mindestens vier -- besondere und zur Aufbewahrung geeignete Behältnisse aufzustellen und entsprechend zu kennzeichnen."

Für regelmässige Leerung der Kästen durch Lumpensammler sind "bindende Vereinbarungen zu treffen".

"Über den Erfolg der Sammeltätigkeit, insbesondere nach Menge und Erlös ist mir vierteljährlich zu berichten" (Aktenzeichen II R 16631/36).

Für strebsame Beamte, die jeden Morgen aus ihrer Wohnung ihren

wohlgefüllten Abfalleimer zur feierlichen Entleerung im "hierfür geeigneten Raum" mitbringen, ergeben sich ungeahnte Aufstiegschancen.

Lumpen.  
=====

(ITF) Der "Völkische Beobachter" berichtet (am 20. September 1936) von einem Urteil des Reichsdiszi-

plinarhofes für die deutschen Beamten: ein Postbeamter hatte einen Kollegen, der illegale antifaschistische Flugschriften ins Büro brachte, nicht denunziert. Er wurde deshalb nach dem Urteil der obersten Disziplinarinstanz zu Recht fristlos entlassen. Die Nazis wollen die deutschen Beamten zu Denunzianten und Lumpen machen.

Ein Symptom.  
=====

(ITF) Ein beachtliches Symptom der Inflationsangst und des Lebensmittelmangels ist die plötz-

liche Zunahme des Expressgutverkehrs der Deutschen Reichsbahn. Es sind Pakete mit Waren, die aus Angstkäufen stammen und Lieferungen von Waren, die nur beschränkt lieferbar und aus Furcht vor noch stärkerer Verknappung mit grossmöglicher Schnelligkeit an Ort und Stelle gebracht werden sollen.

Die Reichsmark müsste aufgewertet  
===== werden.  
=====

(ITF) "Eine Abwertung der Reichsmark kann man eigentlich kaum diskutieren. So weit die Mark einen freien Markt hat (wie Register- und Reisemark), ist sie

bereits abgewertet und unstabil. Im Gegensatz zu anderen Währungen, deren Wert nur zeitlich schwankt, schwankt der Wert der Mark zeitlich und räumlich. Die Annahme einer Mark, die an einem Billetschalter der Eisenbahn von einigen Personen zu vollem Werte angenommen wird, von andern nur zu 60% nennwert, wird in einem Laden ganz verweigert; und eine Mark, die über die Grenze gebracht wurde, ist vollständig wertlos. Wenn es um den Wert der Mark geht, wäre der notwendige Schritt nicht Abwertung nach unten, sondern Aufwertung nach oben. Die sogenannte stabile Mark ist ein Rechenkunststück und eine statistische Einheit. Die blosse Erklärung, dass diese Recheneinheit Mark etwa 30% weniger Gold wert sei, als heute von ihr offiziell, aber irreführend, behauptet wird, würde keine praktische Wirkung haben... Eine wirkliche Währungsreform müsste eine einheitliche Mark schaffen. Dies würde aber bei der verschiedenartigen Behandlung der Auslandsschulden unmöglich sein. Eine solche Mark hätte wirkliche Bedeutung auch nur bei freiem Transfer und freiem Devisenmarkt, sodass also die Einlösung in Gold oder Devisen wieder eingeführt werden müsste. Die Existenz der Schulden und das Fehlen einer Währungsreserve machen einen derartigen freien Markt unmöglich" (The Economist, London, 3. Oktober 1936).

"Propheten".  
=====

(ITF) Die Lieferungsbedingungen der deutschen Industrie zeigen gelegentlich, wie in Wirtschaftskreisen die künftige Entwicklung des Dritten

Reiches gesehen wird. Der Chemiekonzern Schering-Kahlbaum z. B. macht Lieferungsvorbehalte für den Fall "höherer Gewalt", er fürchtet "Krieg Deutschlands mit einer anderen Macht, Streiks, Aussperrungen, Unruhen, Kohlenmangel, Rohstoffnot..." Das Wochenblatt der "Reichsführung SS" -- "Das Schwarze Korps" -- bezeichnet diese Lieferungsvorbehalte (Nr. 33 vom 13. VIII. 36) wütend als "regelrechte Rekordbrüche der Miesmacherprophetie".

Der Schwindel mit der Winterhilfe.  
=====

(ITF) Mit einer Reklame, die jedem Zirkusunternehmen Ehre machen würde, berichten die Nationalsozialisten

alljährlich von den "riesigen Leistungen" der deutschen Winterhilfe. Sie wollen den Arbeitern im Dritten Reich, aber auch den Arbeitern in den demokratisch regierten Ländern am Beispiel des deutschen Winterhilfswerks beweisen: solange in Deutschland freie Arbeitergewerkschaften existierten, hätten die Erwerbslosen hungern und frieren müssen, im Dritten Reich brauche niemand mehr zu hungern und zu frieren.

In Wirklichkeit ist das Winterhilfswerk keine Erfindung der Nationalsozialisten. Seit dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs wurden in jedem Winter den Erwerbslosen neben ihrer Unterstützung besondere Winterbeihilfen gegeben, Bargeld und Sachlieferungen. Die



Gemeinden, vor allem unter dem Einfluss der Arbeitervertreter, stellten besondere Mittel zur Verfügung, der Staat finanzierte eine besondere Winterhilfsaktion, die Gewerkschaften und die caritativen Verbände ergänzten diese Hilfe durch umfangreiche Sammlungen. Seit dem Winter 1931/32 wurden diese Sammlungen verschiedener caritativer Verbände bereits als gemeinsames "Winterhilfswerk" durchgeführt. (Über das Ergebnis berichtet die Schrift der "Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege", "Erfahrungen und Ergebnisse des Winterhilfswerks 1931/32", Berlin 1932).

Die Mittel, die in jenen Jahren aufgebracht wurden, waren erheblich. Die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften und die caritativen Verbände hatten (im Winter 1932/33) für die Erwerbslosen 148 Millionen zusammengebracht; Bergbau und Kohlenhandel hatten 15 Mill. RM zur Kohleverbilligung aufgebracht. Das Reich stellte aus Steuermitteln für Verbilligung von Fleisch und Kohlen 30 Millionen RM zur Verfügung; daneben lief eine wirksame Aktion zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kolonialwaren. Diese Verbilligungsaktion, die vom Einzelhandel getragen wurde, ermässigte die Lebenshaltungskosten der Erwerbslosen im Winter 1931/32 um fast 15 Millionen (Bericht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft an den Reichstag). Im Winter 1932/33 wurde diese Verbilligungsaktion ausgebaut.

Am wirksamsten aber war die Hilfe der Gemeinden. Überall, wo Arbeitervertreter in der Kommunalvertretung Einfluss besaßen, wurde in den Wintermonaten die Geldunterstützung erhöht und durch kostenlose oder verbilligte Abgabe von Kohlen, Kartoffeln, Fleisch, Brot und sonstigen Nahrungsmitteln, durch Lieferung von warmer Kleidung und gutem Schuhwerk geholfen. Die Gemeinden brachten für diese Winterhilfe aus Steuermitteln nach zuverlässigen Schätzungen 175-200 Millionen RM auf. Eine Reihe Gemeinden lieferten den Erwerbslosen Kohlen und Kartoffeln, andere zahlten Barunterstützungen aus. Nach einer Mitteilung des Deutschen Städtetages (im Statistischen Jahrbuch der deutschen Gemeinden) schwankten in den einzelnen Gemeinden je nach dem Einfluss der Arbeitervertreter die Lieferungen an Brandstoffen zwischen 8 und 20 Zentner pro Winter und Haushalt. An Bargeld wurde in einzelnen Gemeinden als "Winterbeihilfe" 20, 30, ja -- wie in Stuttgart -- 50 RM gezahlt.

All das hat sich im Dritten Reich verändert. In den Gemeinden wurde der Einfluss der Arbeiter beseitigt, die Städte stellten durchweg die Zahlung von Winterbeihilfen ein; die Statistik über die Winterbeihilfen wurde daher seit 1933 nicht mehr fortgeführt. Den caritativen Verbänden -- so weit sie überhaupt noch bestehen -- wurde jede eigene Aktion verboten. Die Sammlungen wurden zentralisiert und als Winterhilfswerk der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt aufgezo-gen. Aus regulären Steuermitteln wird für die Winterhilfe auch nicht ein Pfennig mehr gewährt, das Dritte Reich verwendet die ersparten Millionen für die Aufrüstung und die prunkenden Feste der braunen Bonzokratie. Die "Winterhilfe" wird offiziell durch "freiwillige" Spenden finanziert, in Wirklichkeit aber wird der Winterhilfsbeitrag von den Lohn- und Gehaltsempfängern genau so obligatorisch eingetrieben wie die Lohnsteuer. Wer die "freiwillige" Zahlung verweigert, kann fristlos entlassen werden. Im nationalsozialistisch regierten Danzig wurde (ab 1. Oktober 1936) die Lohnsteuer offiziell um den Winterhilfszuschlag erhöht und wird vom Steueramt eingezogen. Die "freiwilligen" Spenden der Arbeiter und Angestellten bilden das Hauptaufkommen des deutschen Winterhilfswerks; sie müssen Lohnabzüge ertragen, bei Haussammlungen und Strassensammlungen spenden. Offiziell ist auch das Spenden bei diesen Haus- und Strassensammlungen "freiwillig", aber die Arbeitsgerichte haben entschieden, dass jeder, der derartige Spenden verweigert, fristlos entlassen werden kann. So kommen Millionen zusammen.

Die Vermögenden drücken sich nach Kräften. 1934 und 1935 hat Hitler sie deshalb bei der Eröffnung des Winterhilfswerks erregt beschworen, sich zu bessern und zu bedenken, dass die Winterhilfe im Grunde eine Art Versicherung gegen soziale Unruhen sei. Diese Rügen hat der Grossbesitz übel aufgenommen. In diesem Jahre wurde wohl deshalb der Wortlaut der Rede Hitlers überhaupt nicht mehr veröffentlicht.

Über die Leistungen des Nazi-Winterhilfswerks 1935/36 veröffentlicht die "NS-Volkswohlfahrt" (im 1. Oktoberheft von "Wirtschaft und Statistik") phantasievolle Angaben. Es seien "fast 235 Millionen RM Geldspenden" zusammengekommen und "für 92 Mill. RM Sachspenden". Wenn diese Angaben zutreffen und diese Summe wirklich vollständig für die 12,8 Millionen Unterstützten verwandt worden wäre,

hätte jeder Unterstützte pro Tag eine "Winterhilfe" von ganzen 13 Pf. erhalten. Doch das ist nach den vorliegenden Berichten nicht anzunehmen. Im vergangenen Jahr wurde in der offiziellen Abrechnung des Winterhilfswerks naiv zugegeben, dass 10,1 Winterhilfsmillionen für Bauzuschüsse, Propaganda bei der Saarabstimmung und Hilfe bei Unglücksfällen verwandt wurden. In diesem Jahre hat man diese Blossstellung vermieden. Sogar das Geständnis des Propagandaministers, dass den Grubenherren aus Mitteln des Winterhilfswerks 10 Mill. RM. für den Feierschichtenausgleich der Bergarbeiter zur Verfügung gestellt wurde (Angriff Nr. 124 vom 28. Mai 1936) wurde im Endbericht unterschlagen. Es verwundert daher nicht, dass die "Abrechnung" verschweigt, dass aus den für Erwerbslose bestimmten Mitteln des Winterhilfswerks Teile der Armee -- vor allem Arbeitsdiensttruppen -- mit Unterkleidung und Zusatznahrung versehen wurden und es ist anzunehmen, dass wie im Vorjahr wieder Millionen als Zuschuss für die Personalausgaben der Autobahnen und für die Landhilfe verwandt werden. In den Betrieben ist man der Auffassung, dass in diesem Jahre ein Teil des angeblich für Erwerbslose gesammelten Geldes zur Ausrüstung der Seiten der spanischen Rebellen kämpfenden Nazis zur Verfügung gestellt wird. Die wirkliche Winterhilfsunterstützung der Erwerbslosen ist also noch geringer als offiziell angegeben.

Die Nationalsozialisten versuchen, diese Ziffern höher erscheinen zu lassen, sie berechnen eine "Gesamtleistung" des Winterhilfswerks nach dem "Gebrauchswert" der Sachspenden, also "unter Einbeziehung des Unterschiedes zwischen Einkaufspreis und normalen Warenpreis, einschliesslich der Frachtspesen" (Wirtschaft und Statistik). Die 9,8 Mill. RM "Frachtrückvergütung für den Kohlentransport", die bereits als Geldspende aufgeführt wurden, werden bei dieser Gelegenheit einfach noch einmal als "Sachleistung" hinzugerechnet. Die Ausgaben für Lebensmittel werden entsprechend überhöht angegeben. Die 12 Mio Zentner Kartoffeln wurden mit 45 Mio RM eingesetzt (Angriff Nr. 124 vom 28. Mai 1936) also mit 3,75 RM pro Zentner, während der Grosshandelspreis (laut Wirtschaft und Statistik, 1. Januarheft 1936) etwa 2,50 RM pro Zentner betrug. Der Aufwand für Kartoffeln war also um 1/3 niedriger als behauptet! Die wirkliche "Winterhilfe" wird, wie diese Stichproben zeigen, zwischen 10 - 12 Pfennig pro Tag und Unterstützten liegen. Da **aber im Dritten Reich die Unterstützungen grosser Teile der Erwerbslosen erheblich gekürzt wurden** und die Mark nur noch 4/5 der Kaufkraft der Vorhitlerzeit hat, erweist sich die Winterhilfe der Nationalsozialisten als Bluff: das Dritte Reich hat den Erwerbslosen die Unterstützung um mehrere Mark gekürzt und gibt ihnen als Winterhilfssalmonen nur Pfennige zurück.

Ein Vergleich der Winterhilfsleistungen der deutschen kapitalistischen Demokratie und des kapitalistischen Dritten Reiches ergibt: in der kapitalistischen Demokratie erhielten die Erwerbslosen aus Steuermitteln erhebliche Winterbeihilfen; im kapitalistischen Dritten Reich wird von den Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Sondersteuer erhoben. In der kapitalistischen Demokratie wurde das für Erwerbslose gesammelte Geld unter Kontrolle der Öffentlichkeit restlos seinem Zweck zugeführt; in der nationalsozialistischen Diktatur wird ein erheblicher Teil des "Spendenaufkommens" unkontrolliert für Zwecke der Aufrüstung verwandt, ein Teil wird für nationalsozialistische Auslandspropaganda ausgegeben. Der einzelne Erwerbslose erhielt in der kapitalistischen Demokratie eine wesentlich höhere Winterbeihilfe als in der kapitalistischen Nazi-Diktatur. In der kapitalistischen Demokratie wurde die Hilfe für die Erwerbslosen als selbstverständliche Pflicht des Staates betrachtet; im kapitalistischen Dritten Reich erhalten die Erwerbslosen Almosen für die sie überschwänglich danken müssen.

Freiwillig will keiner  
 =====  
 Hitlerreden hören.  
 =====

(ITF) Die nationalsozialistische Propaganda behauptet immer wieder, dass die deutschen Arbeiter zu begeisterten Nazis geworden seien. Nun sind allein schon die Drohungen, mit

denen die Arbeiter in die Nazi-Versammlungen getrieben werden müssen, ein schlüssiger Beweis für den zähnen Widerstand der Arbeiter. Gelegentlich wird dieser Widerstand noch deutlicher sichtbar.

Die Deutsche Arbeitsfront hatte (für den 28. September) auf Wunsch des Reklameministers für alle deutschen Betriebe einen "Betriebsappell" angesetzt. In diesen Versammlungen sollten die Arbeiter geduldig die Reden anhören, die Ley und Hitler auf dem Kongress der Arbeitsfront gehalten hatten, der Rundfunk übertrug die Reden noch einmal von Wachs-

platten.

Die Betriebsleitung des Schachts 4/8 in Duisburg-Meiderich nahm als selbstverständlich an, dass alle Arbeiter begeistert zum Abhören erscheinen würden und lud die dienstfreie Belegschaft nur durch einen Anschlag ein. Es war in dem Anschlag niemandem der Besuch der Veranstaltung zur Pflicht gemacht worden.

Die Belegschaft beträgt 1500 (Eintausendfünfhundert) Mann. Davon waren auf dem grossen Zechenplatz hinter dem Maschinenhaus auf der einen Seite 15 Mann von der Verwaltung und auf der andern Seite im "volksgemeinschaftlichen" Abstand von 100 Metern 14 Mann von der Belegschaft. Letztere hörten sich Leys Rede an und da sie bei Beendigung derselben Feierabend hatten, war ihr Bedarf gedeckt und sie gingen auch nach Haus. Die "Führerrede" hörten sich dann die Herren von der Verwaltung allein an.

Auf den anderen Werken aber wurde die Belegschaft geschlossen zu den Veranstaltungen befohlen, die Tore wurden gesperrt, sodass niemand das Werk verlassen konnte, bevor die Veranstaltung beendet war. Der Unterschied war überdeutlich: freiwillig will kein Arbeiter Hitlerreden hören.

Die Arbeitsfront kassiert

=====

doppelte Beiträge.

=====

(ITF) Die deutsche Arbeitsfront verlangt seit dem 1. Oktober allgemeine Vorausbezahlung der Beiträge. Im Oktober liess sie gleichzeitig den

Oktober- und den Novemberbeitrag ein-

kassieren. Die Arbeiter schimpfen: die braunen Bonzen kriegen nie genug.

"Idealste" Arbeiterwohnungen.

=====

(ITF) Die Nationalsozialisten wollen, dass im Dritten Reich der Landarbeiter statt des bisher gewährten Barlohns und etwaiger Naturalien seine Entlohnung in Land bekommt, so wie es am idealsten im Heuerlingswesen verwirklicht ist. Der Heuerling ist ein landwirtschaftlicher Gefolgsmann, der von seinem Betriebsführer ein kleines Grundstück mit Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude für die Dauer seines Arbeitsvertrags zur selbständigen Bewirtschaftung in eigener Verantwortung erhält," erläutert der "Reichsgefolgschaftswart im Reichsnährstand" (im "Völkischen Beobachter" Nr. 175). "Das Grundstück bleibt Eigentum des Betriebsführers...Als Entgelt...leistet der Gefolgsmann in der Regel Arbeit...Eine bestimmte Anzahl von Tagen" hat er dem Bauern zur Verfügung zu stehen. "Die Betriebsführer in den Heuerlingsgebieten kennen keinen Mangel an Arbeitskräften".

Für die Landarbeiter ist das Heuerlingswesen weniger angenehm. "Der Angriff", dessen Berichterstatter ein Heuerlingsgebiet im Emsland an der holländischen Grenze besuchte, schildert den "Segen" des Heuerlingswesens für die Landarbeiter (am 14. Oktober, Nr. 242) folgendermassen: "An einem Ortseingang stehen ein paar windschiefe, halbverfaulte Bretterbuden...Ich würde es nicht wagen, in solchen Schuppen Geräte aufzubewahren...Die Küche ist eine verfallene Höhle, in der die Nässe den Putz von den Wänden und die Steine aus den Fugen treibt - . Der Heuerling zeigt uns die Schlafräume. In einem Bett schlafen 4 Personen. Da die Räume niedrig und kurz sind, sind die Bettgestelle höchstens 1,50 m lang und die darin schlafen, haben eine Grösse von 1,75 m. Um wenigstens die Beine ausstrecken zu können, hat man einfach ein Loch in die Wand geschlagen...Auf dem Fussboden stehen riesige Wasserlachen. Unablässig tropft der Regen durch die verfaulten Decken. Um des Nachts einigermaßen trocken zu liegen, wird über das Kopfende ein Regenschirm gestellt. Die Kleinsten schlafen in der Küche. Es ist für sie nichts Neues mehr, wenn sie 3-4mal nachts das Lager wechseln. Automatisch rücken sie mit ihren Strohsäcken den trockenen Stellen nach. Der Besitzer aber lässt nicht das geringste ausbessern!... Die Pachtverträge sind fast ausnahmslos nicht tragbar. Der Heuerling... bezahlt ein ungeheures Geld für sein bisschen Land und eine Wohnbaracke.

Aus einem Pachtvertrag: die Pacht ist durch 100 Tage Arbeit abgetragen. Ausserdem hat der Heuerling zu leisten: jeden Tag früh und abends melken. In der Roggenernte ausser der von den 100 Tagen auf diese Zeit entfallenden Arbeit noch für 5 Tage einen Mann zu stellen. In der Kartoffelernte für 6 halbe Tage einen Mann. Ausserdem auf Wunsch beim Abladen und Aufladen zu helfen. Diese sämtlichen Arbeiten sind unentgeltlich zu leisten. Die sozialen Lasten trägt allein der Heuermann.

Die geschilderten Zustände stempeln solchen Vortrag zu einem Fronvertrag"muss die Tageszeitung der Arbeitsfront zugeben: doch dieser Fronvertrag "verwirklicht am idealsten" das sozialpolitische Streben des Nationalsozialismus.



Gespannte Stimmung  
bei der Reichsbahn

(ITF) Deutsche Eisenbahner schreiben den Internationalen Transportarbeiterföderation:

Antreiberei in den Ausbesserungswerken. "... Das Arbeitstempo hat sich bei uns um mindestens 20 bis 30% verschärft.

Von einer geregelten Arbeitszeit, wie sie früher bekannt war, kann kaum noch gesprochen werden. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Überstunden verlangt werden, die an andern Tagen wieder abgebummelt werden müssen. Nachdem manchmal tagelang die einzelnen Arbeitskolonnen kaum wussten wo sie die Arbeit hernehmen sollen, müssen sie dann schon früh morgens und abends je 1 - 2 Stunden Überstunden leisten. Dies führt natürlich zu Vergleichen zwischen früher und jetzt..."

Eisenbahner wollen in die Rüstungsindustrie. "Das Lohndiktatsrecht der "Betriebsführer" hat zu unerträglichen Zuständen geführt. In unserm Bezirk differieren heute die Löhne bei Arbeitern gleicher Qualität (Nichthandwerker) bis zu 20 Pf. pro Stunde. Auf Anweisung der Reichsbahndirektion dürfen (Akkord-)Überverdienste, die mehr als 25% über dem Durchschnittsverdienst liegen unter keinen Umständen ausbezahlt werden. In den hiesigen für die Aufrüstung arbeitenden Privatbetrieben aber werden den Facharbeitern die Überverdienste voll bezahlt. Ja, gesetzlich nicht zulässige Arbeitsvergütungen werden ausserhalb des Tarifrahmens auf einem Prämienwege abgegolten. Der Eisenbahnarbeiter mit seinem erbärmlichen Lohn und seinem unregelmässigen Dienst versucht mit allen Mitteln von der Eisenbahn fort in die Rüstungsindustrie zu kommen.

Wenn nur das Arbeitsamt nicht wäre, das die Eisenbahnarbeiter nicht freigibt, sondern sie wie auch die andern Arbeiter an ihren jetzigen Arbeitsplatz fesselt....

Die Stimmung der Eisenbahnarbeiter ist denn auch entsprechend und die Folgen zeigen sich prompt. Fälle von passiver Resistenz sind nicht selten, häufiger noch solche offener Auflehnung ohne Rücksicht auf die Konsequenzen. Mehr als die Entlassung kann der Mann, wenn er es geschickt anfängt, nicht riskieren. Aber mit der Entlassung hat er sein Ziel erreicht. Für ihn besteht dann die Hoffnung auf einen besseren Arbeitsplatz in Rüstungsbetrieben, den er mit mehr oder weniger guten Beziehungen zu erreichen hofft. Aber häufig wird aus der passiven Resistenz Sabotage, Schadenfälle und Güterberaubungen haben gerade in den letzten Wochen einen unheimlichen Umfang angenommen. Immer häufiger sind mutwillige Beschädigungen wertvoller Beförderungsmittel wie Elektrokarren usw. festzustellen. Diese Sabotageakte stören das fein organisierte Getriebe der Reichsbahn, sie wirken sich schon auf die Zugbeförderung aus, und dauert dieser Zustand an, so nimmt das Getriebe selbst ernstlichen Schaden...."

Zwangsaufmarsch in Wien.

(ITF) Die "Vaterländische Front", die Dachorganisation der österreichischen faschistischen Verbände, hielt (am 18. Oktober) in Wien einen "Frontappell" ab zu dem, nach dem Bericht der österreichischen Presse Hunderttausende "begeistert" aufmarchiert sein sollen. Die Massen die tatsächlich zusammenströmten kamen nicht aus "Begeisterung" für die faschistische Diktatur, Die Diktatur die weiss, wie verhasst die "christliche" Sozialreaktion den Arbeitern ist, liess die Massen mit der Hungerpeitsche zusammentreiben. Das folgende Rundschreiben der Bahnverwaltung Wien-Nord (vom 15. Oktober, Dienstauftrag Nr 137) zeigt, mit welchen Methoden die "christlichen Diktatoren" vorgingen:

"An das gesamte Personal!

Jeder Bundesbahnbedienstete des Dienststandes, dessen Dienststelle (bzw. Bahnmeister, Signalmeister) ihren Sitz im Gemeindegebiet Wien hat, (also auch wenn ausserhalb wohnt! Red.) ist verpflichtet, an dem Frontappell teilzunehmen. - Ausgenommen hiervon ist das Verkehrspersonal, ferner die beurlaubten und erkrankten oder im Dienste stehenden Bediensteten...

Die Erschienenen erhalten zum Nachweise (!) der erfolgten Teilnahme am Frontappell... Abzeichen die sichtbar zu tragen sind.

Die Namen der als abwesend festgestellten Bediensteten (mit Ausnahme der beurlaubten, erkrankten oder dienstlich verhinderten Bediensteten) werden der Bundesfachleitung der Vaterländischen Front bei den Österreichischen Bundesbahnen schriftlich gemeldet. Häuslmayer e.h."

Ein Kommentar zu diesem Dokument "christlichen" Eifers erübrigt sich.